



Im Frühjahr wurde das alte Mömlinger Hallenbad abgerissen – es wird durch einen Neubau mit 25-Meter-Becken ersetzt. Kostenpunkt: 5,6 Millionen Euro. Foto: Siegfried Scholtka

Freie Bahn für Hallenbad-Neubau

Main-Echo
vom
26.09.2019

Rat Mömlingen: Verfahren zur Vergabe der weiteren Planung beschlossen – Gegner drohen mit Bürgerbegehren

Von unserer Mitarbeiterin
JENNIFER LÄSSIG

MÖMLINGEN. Das alte Mömlinger Hallenbad ist seit fünf Monaten abgerissen – jetzt gab der Gemeinderat grünes Licht, die Planungen für einen Neubau mit 25-Meter-Becken inklusive Nahwärmenetz weiter voranzutreiben. Der Beschluss mit 17:2 Stimmen fiel vor großem Publikum: Mit rund 80 Besuchern, darunter auch viele DLRG-Mitglieder mit Pro-Hallenbad-Plakaten, war der Andrang zur Ratssitzung am Montagabend derart immens, dass neben dem Sitzungssaal auch das Trauzimmer bestuhlt werden musste.

Erst am 31. Juli hatten Bürgermeister Siegfried Scholtka und der Miltenberger Architekt Stephen Knapp (Büro Knapp Kubitz) in einer Bürgerversammlung etwa 350 Besucher über das etwa 5,6 Millionen Euro teure Bauvorhaben informiert. Scholtkas »straffer« Zeitplan sieht vor, dass im Oktober 2020 mit den Bauarbeiten begonnen werden soll. Im Mai 2022 sollen die ersten Schwimmer ihre Bahnen im neuen Becken ziehen dürfen. Die von der Ver-

waltung ermittelten Investitions- und Betriebskosten wurden zwischenzeitlich durch einen unabhängigen Gutachter überprüft. Andreas Ziegenrucker von der Bäderbetriebsberatung CMD bezifferte das zu erwartende Defizit, inklusive kalkulatorischer Kosten, auf rund 267000 Euro im Jahr, doch könne der Betrieb nach seiner Einschätzung bei entsprechender Optimierung im Verbund mit dem Nahwärmenetz auch recht schnell in den positiven Bereich kommen. Bürgermeister Scholtka betonte, dass ohne die kalkulatorischen Kosten bis zu 70000 Euro Gewinn erzielt werden könnten.

Weniger Schulschwimmen

Wie Ziegenrucker betonte, werde das Betriebsergebnis des Hallenbads stark davon abhängen, wie intensiv es von den verschiedenen Benutzergruppen belegt sein wird. Er komme auf 119 Wochenstunden Belegungszeit, »dabei ist aber auf jeden Fall noch Luft nach oben«. Um mögliche Blockierungen von attraktiven Wasserzeiten zu vermeiden, empfahl der Gutachter die bisherigen 50 Wochenstunden von Schulen auf 19 zu reduzieren, die Kursstunden von 40 auf 28. Im Gegenzug sei die Nut-

zung der Vereine von drei auf 15 Stunden und die öffentliche Nutzung von 26 auf 57 Stunden zu erhöhen.

Als Gesamtbesucherzahl errechnete der Gutachter 51710 pro Jahr. Die Einzelpersonen mit vier Wuro, Schulen und Vereine mit drei und Kurse mit acht Euro Eintritt pro Person berechnet, komme ein Erlös von gut 218000 Euro plus einem geplanten Zuschuss des Landkreises von 10000 Euro für das Schwimmenlernen zustande.

Erika Giegerich (CSU) hakte nach, wieso die Schulschwimmstunden so stark reduziert werden sollen. Hierauf entgegnete Ziegenrucker, dass einerseits 50 Prozent für den öffentlichen Betrieb vorgehalten werden müssten. Andererseits zeigten Rückmeldungen aus anderen Schwimmbädern in Großstädten, dass die blockierten Schulzeiten oft nicht komplett genutzt würden. Um die Kosten abzudecken, komme man auch in anderen Bädern weg von den typischen Zeitstapelungen und biete eher Tageskarten an.

Hillmar Rothermich (CSU) sprach sich im Namen seiner Fraktion eindeutig für den Neubau des Hallenbades aus, desgleichen Klemens Muth und Birgit

Hotz (beide FWG). Letztere erteilte mit ihrer Aussage, dass bei der Kulturhalle und Bücherei auch keiner nach dem Defizit frage und nach Jahren der Vorbereitung nun endlich etwas getan werden müsse, Applaus aus der Zuhörerschaft.

»Nicht notwendig«

Gegenwind für das Millionenprojekt hatte es im Vorfeld der Ratssitzung laut Scholtka durch ein Schreiben dreier Bürger gegeben, die den Hallenbad-Neubau als nicht notwendig, wirtschaftlich nicht sinnvoll, haftungsrechtlich kaum vertretbar und klimapolitisch nicht verantwortlich bezeichnet hätten. Die Verfasser strebten ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid an, gegebenenfalls zusammen mit der Kommunalwahl 2020.

Scholtka bekräftigte, dessen ungeachtet das Neubauprojekt weiterzutreiben. Die Ratsmitglieder beauftragten die Verwaltung per Beschluss, das Verfahren zur Vergabe der weiteren Planungen in die Wege zu leiten. Die Zustimmung zur Vergabe an den Gewinner behielt sich der Gemeinderat vor, der zudem über alle Schritte informiert werden will.

GEMEINDERAT MÖMLINGEN IN KÜRZE

MÖMLINGEN. In seiner Sitzung am Montag hat sich der Mömlinger Gemeinderat noch mit folgenden Themen befasst

Bebauung im Steinweg: Architekt Andreas Wurm stellte gemeinsam mit den beiden Investoren Christian Haberkorn und Matthias Heider mittels Visualisierungen über einen Beamer die geänderten Entwürfe zur möglichen Bebauung im Steinweg während der Gemeinderatssitzung vor. Unter dem Motto »Mömlingen – wo Wohnen Wert hat«, hat das Investorenduo vor, ein modernes Lebenskonzept für Rentner und Best-Ager plus 50 aber auch junge Familien zu entwickeln. Hierzu sollen in zwei Voll- und einem Staffelgeschoss insgesamt 18 barrierefreie Wohnungen zwischen 55 und 115 Quadratmetern und 30

Parkplätze entstehen, davon zwölf kleinere und sechs größere. Bürgermeister Siegfried Scholtka betonte, dass das Gebiet seit 1980 als sogenanntes MD-Gebiet (Dorfgebiet) ausgewiesen und somit Bauland sei. Die Gemeinde wolle aber maximale Bürgerbeteiligung und daher ganz bewusst trotzdem einen Bebauungsplan aufstellen lassen.

Abwassergebühren: Einstimmig beschloss der Gemeinderat die bisherige Abwasserentsorgungsgeldgebühr von drei Euro pro Kubikmeter auf 2,90 Euro zum ersten Oktober zu senken. Basierend aus dem Haushaltsplan 2019 entnommen Zahlen und trotz des Fehlbetragsvortrags habe sich bei gleichbleibender Wasserabnahme von 181100 Kubikmetern eine Gebühr von 2,75 Euro für den

Kalkulationszeitraum von 2020 bis 2022 ergeben. Die nun resultierenden Mehreinnahmen von 15 Cent pro Kubikmeter beschloss das Gremium ebenfalls einstimmig einer Sonderrücklage zuzuführen. Unverändert bis zum Ablauf des Kalkulationszeitraums Ende September 2021 bleibt hingegen die Gebühr für die Wasserversorgung in Höhe von drei Euro.

Kindertagesstätte Regenbogen: Die Bedarfsnotwendigkeit von 60 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und 188 für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung sowie 50 für Schulkinder im Schülerhort und zwölf in der Kindertagespflege kannte das Gremium einstimmig an. Gleichzeitig stimmten die Ratsmitglieder der vorübergehenden Einrichtung

einer weiteren Gruppe in der Kindertagesstätte Regenbogen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung zu.

Feuerwehr: Die geplante Anschaffung persönlicher Schutz- und Ausrüstungsgegenstände in Form von Hosen und Jacken für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 20235 Euro genehmigte der Gemeinderat einstimmig.

Ratssitze: Bürgermeister Scholtka informierte das Gremium darüber, dass bei der anstehenden Kommunalwahl 2020, die Zahl der Gemeinderäte nicht mehr 20, sondern nur noch 16 Sitze betragen werde. Dies komme daher, da die Gemeinde in der derzeitigen Wahlperiode unter die 5000 Einwohnergrenze gefallen sei. jel